



Für die Heimat

Artur Auernhammer



Mehr unter 6/2018
artur-auernhammer.de

Koalition einigt sich auf Zurückweisungen

Nach langen Verhandlungen haben sich Union und SPD in der Frage der Verschärfung der Migrationspolitik geeinigt. Die CSU konnte ihr Anliegen durchsetzen, Ordnung, Steuerung und Begrenzung in die Migrationspolitik zu bringen. Künftig werden Personen, die bereits in einem anderen Mitgliedsstaat der EU einen Asylantrag gestellt haben, über ein Transitverfahren direkt in das zuständige Land zurückgewiesen.

CSU sieht das Ergebnis sehr positiv

„Das ist alles von A bis Z so, wie man sich das als zuständiger Minister wünscht“, so Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nach der Einigung. Die Einigung: Migranten, die bereits in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag gestellt haben und an der deutsch-österreichischen Grenze kontrolliert werden, sollen in bestehende Einrichtungen der Bundespolizei in unmittelbarer Grenznähe kommen. „Sofern die Personen nicht unmittelbar in die bestehende Unterbringungsmöglichkeit im Transitbereich des Flughafens München gebracht werden können“, heißt es in dem Einigungspapier der großen Koalition. Der

Vorsitzende der CSU im Bundestag Alexander Dobrindt zeigte sich nach der Verhandlungsrunde, zu der sich die Spitzen von CDU, CSU und SPD am Donnerstagabend im Reichstag getroffen hatten, zufrieden. Die vereinbarten Maßnahmen führten zu „mehr Ordnung und Steuerung an unseren Grenzen“.

Was wurde noch vereinbart?

Menschen, die über andere deutsche Grenzen einreisen, sollen ab sofort mit mobilen Grenzkontrollen und Schleierfahndungen bis zu 30 Kilometer hinter der deutschen Grenze verstärkt aufgegriffen werden. Bei ihnen soll künftig schneller geklärt werden, welcher EU-Staat für den Asylantrag zuständig ist. Nach den europäischen Dublin-Regeln ist das häufig das Land, in dem Migranten zuerst den Boden der EU betreten haben. Um die Rückkehr weiter zu beschleunigen, wird der Bund für die Dublin-Fälle aus den AnKER-Zentren die Rückführungen übernehmen. Der Bund wird darüber hinaus künftig auch die Beschaffung der nötigen Reisepapiere übernehmen, soweit die jeweiligen Länder dies wünschen. Außerdem wird die Große Koalition die Bemühungen unterstützen, FRONTEX deutlich auszubauen und das Mandat zu erweitern.



Rekordförderprogramm für Familien

Die Erhöhung des Kindergeldes sowie die Einführung des Baukindergeldes, welches es Familien ermöglicht, Wohneigentum zu erwerben, ist ein Rekordförderprogramm für Familien.



Deutschland wird sich auf europäischer Ebene für die Bekämpfung von Visamissbrauch einsetzen.

Finanzierung und Aufstellung der Bundeswehr

Der NATO-Gipfel hat echte Fortschritte für unsere Sicherheit gebracht: Eine deutliche Erhöhung der Einsatzbereitschaft bis 2020 (30 Heeresbataillone, 30 Flugzeugstaffeln, 30 Kampfschiffe, einsatzbereit in 30 Tagen), eine verbesserte Kommandostruktur mit einem neuen Logistik-Kommando in Ulm und einem Cyber-Operation-Zentrum in Mons, sowie mehr Unterstützung für Jordanien, Tunesien und den Irak. Bei den Verteidigungsausgaben ist Deutschland wegen des Drucks aus CSU und CDU für 2019 auf einem guten Weg (42,9 Mrd. Euro – 1,31 % des BIP) – für die Jahre danach muss aber noch kräftig nachgelegt werden. Nur dann kann zukunftsgerichtet investiert werden, um die Bundeswehr für ihre vielfältigen Aufgaben mit Personal und Material angemessen auszustatten und der NATO-Quote von 2 % wie vereinbart näherzukommen. Im Vergleich zu den Eckwerten vom Mai hat die Bundesverteidigungsministerin durchgesetzt, dass ihr Haushalt für 2019 – bereinigt um die Personalmittel

– um weitere 500 Millionen Euro aufwächst. Insgesamt hat die Bundeswehr damit im nächsten Jahr zwei Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Das ist ein Erfolg. Es reicht aber noch nicht.



PKM-SOMMERFEST

Parlamentarischer Kreis Mittelstand
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bild (v.r.n.l.): MdB Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des PKM), MdB Artur Auernhammer, Alexander Herzog, Christian Herzog, MdB Dr.h.c. Hans Michelbach (stv. Vorsitzender der CSU im Deutschen Bundestag und 1. Stellvertretender Vorsitzender des PKM)

Unser Mittelstand zu Gast beim Parlamentarischer Kreis Mittelstand der Unionsfraktion

Zum Start der Sommerpause veranstaltete der Parlamentarischer Kreis Mittelstand der CDU/CSU Bundestagsfraktion sein jährliches Sommerfest mit Gästen aus Politik und Wirtschaft.

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer nahmen Herr Dr. Stephan Lang, Vorstand der Rettenmeier AG, und Herr Alexander Herzog Geschäftsführer der Handwerksbäckerei Herzog teil. Den Geschäftsmännern bot sich eine großartige Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen.



LKW-Maut für landwirtschaftliche Fahrzeuge

Für viel Verwirrung und Unmut sorgt derzeit die Umsetzung der LKW-Maut-Befreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge auf Bundesstraßen. Die Mautgebühren für LKW auf allen Bundesstraßen gilt seit 1. Juli 2018. Ursprünglich sollten landwirtschaftliche Fahrzeuge von der Maut befreit werden, nach mehreren Gerichtsentscheidungen wäre aber zum 1. Juli 2018 eine Mautbefreiung nur bis maximal 40 km/h möglich gewesen. Zwischenzeitlich wurde von Seiten des Bundesverkehrsministers deut-

lich gemacht, dass die Mautbefreiung unabhängig von bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit gelten solle und zwar zum 1. Januar 2019. Seit dem 1. Juli greift bereits eine Kulanzregelung. Allerdings ist die formalrechtliche Auslegung äußerst kompliziert, so dass bei den Landwirten vor Ort große Verunsicherung herrscht. Artur Auernhammer hat sich deshalb nochmals an das Bundesverkehrsministerium gewandt, um rechtlich für Klarheit zu sorgen.





Union setzt deutliche Zeichen

Wir halten beim Baukindergeld Wort: Der Beschluss des Koalitionsausschusses ist wie vereinbart ohne Wohnflächenbegrenzung in den Haushalt eingearbeitet. Damit liegen die finanziellen Auswirkungen je Jahr und Förderjahrgang bei rd. 330 Millionen Euro. Für den Zeitraum 2018 bis 2021 entstehen Ausgaben in Höhe von 2,7 Mrd. Euro und von insgesamt rd. 10 Mrd. Euro bis zum Jahr 2029.

Ebenso erhöhen wir die Zahl der Stellen in den Sicherheitsbehörden in 2018. So erhält die Bundespolizei 3.075 und das Bundeskriminalamt 525 zusätzliche Stellen in diesem Jahr. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist mit fast 1.650 zusätzlichen Stellen und der Entfristung von knapp 4.500 Stellen verstärkt worden. Und auch der Zoll profitiert mit rund 1.400 neuen Stellen.

Mit dem nun vorliegenden Haushalt setzt die Union ein deutliches Zeichen für die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen. Es ist gut, dass die lange Zeit der vorläufigen Haushaltsführung nun endlich vorbei ist.

Haushalt beschlossen

Mit dem Bundeshaushalt 2018 setzt die Koalition die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fort. Die Große Koalition hat den Haushalt 2018 unter Beibehaltung der „Schwarzen Null“ beschlossen. Er sieht Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro vor. Dabei werden alle im Koalitionsvertrag vorgesehenen prioritären Maßnahmen im Bundeshaushalt 2018 und in der Finanzplanung bis 2022 umgesetzt.

Investitionen deutlich erhöht!

Dazu wurden die Investitionen gegenüber dem Regierungsentwurf noch einmal um 2,8 Mrd. Euro auf nun 39,8 Mrd. Euro erhöht. Die Investitionsquote liegt damit bei rd. 11,6 % der Gesamtausgaben. Einen großen Anteil an der Steigerung der Investitionsausgaben hat die vorgezogene Bereitstellung von 2,4 Mrd. Euro für den noch einzurichtenden „Digitalfonds“. Hieraus sollen insbesondere der Breitbandausbau und die digitale Infrastruktur in Schulen finanziert werden.



Zum Tag der Unabhängigkeit in der amerikanischen Botschaft zu Gast



Die Amerikaner feierten am 04. Juli ihren Unabhängigkeitstag. Der neue amerikanische Botschafter Richard Grenell hat in entspannter Atmosphäre eingeladen. Gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn konnten wir gute Gespräche führen. Natürlich durfte Norman Blevins aus meinem Bundestwahlkreis bei dieser Veranstaltung nicht fehlen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss definiert werden!

Es ist Aufgabe der Kommission klar zu definieren, was unter Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu verstehen ist und wie diese Gleichwertigkeit darauf aufbauend erreicht werden soll. Diese Arbeit muss kurzfristig aufgenommen und Ergebnisse schnellstmöglich vorgelegt werden.

Es gilt, sowohl die Entwicklung in ländlichen Räumen als auch die in städtischen Ballungszentren in den Blick zu nehmen und gegenseitige Wechselwirkungen zu bewerten.

Dabei sind ein fairer Ausgleich zwischen ländlichen Regionen und städtischen Ballungszentren sowie ein fairer Ausgleich zwischen finanzkräftigeren und finanzschwächeren Regionen besonders wichtig. Nur so können alle Seiten vor den Folgen einer Wanderungsbewegung in die Städte geschützt werden. Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse muss es sein, die jeweiligen Vorteile zu stärken, um Nachteile ausgleichen zu können und Infrastrukturen zu schaffen, die die Entwicklung strukturschwacher Regionen unterstützen.

„Auf diese Herausforderung muss die Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse passende Antworten finden,“ so Artur Auernhammer.



Wechselwirkungen zwischen einzelnen Regionen stärker in den Blick nehmen - Infrastruktur stärken

Das Bundeskabinett hat am 18. Juli 2018 die Einsetzung der Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beschlossen. Dazu erklärt Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer:

„Die besten Zukunftsperspektiven für unser Land liegen im ländlichen Raum. Deshalb begrüße ich die Einsetzung der Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse,“ betont Artur Auernhammer.



Traditioneller Sommerempfang der CSU auf Burg Colmberg im Landkreis Ansbach.



Auf Burg Colmberg im Landkreis Ansbach veranstaltet die CSU ihren traditionellen Sommerempfang. Die Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Heimat Andrea Lindholz, MdB war dieses Jahr Ehrengast und Hauptrednerin. Sie sprach vor rund 300 Gästen über Innere Sicherheit, Migration, den unnötigen Streit in der Union und die Heimatpolitik.



Besuch in der Marktgemeinde Weiltingen

Ganz im Zeichen des historischen Erbes der Gemeinde stand der Besuch von MdB Artur Auernhammer im Markt Weiltingen.

Erster Bürgermeister Christoph Schmidt, Zweiter Bürgermeister Helmut Ruck und Dritter Bürgermeister Stefan Walter informierten unter anderem über die 2015 erfolgte Sanierung des Schlossgrabenareals mit der Naturbühne.

Auch ein Besuch der Schlosskirche mit ihrem Scheuffelaltar stand auf dem Programm. Daneben blieb aber auch noch Zeit für den politischen Gedankenaustausch unter anderem zur Sanierung der Kläranlage, zur ÖPNV-Versorgung, sowie zur Breitbandinfrastruktur der Marktgemeinde.



Besuch in der VG Hesselberg



Im Gespräch mit den Bürgermeistern der VG Hesselberg tauschte sich Artur Auernhammer über die Anliegen der Gemeinden in der Verwaltungsgemeinschaft aus. Gemeinsam mit dem Unterschwaninger Bürgermeister und VG Vor-

sitzenden Friedrich Walter, Bürgermeister Werner Leibrich aus Wittelsholten, Bürgermeister Martin Schachner aus Röckingen sowie Bürgermeister Friedrich Steinacker aus Ehingen diskutierte man unter anderem die Punkte Abwasserent-

sorgung, Hochwasserschutz und Mobilfunkversorgung. Auch die Nutzung des Hesselberg sowie die aktuelle politische Lage in Berlin waren Themen des Gesprächs.

Mit Alexander Birke war eine tolle Unterstützung aus Diethenhofen in Berlin!

Alexander Birke studiert Politikwissenschaften und hat in den vergangenen beiden Sitzungswochen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages bekommen. Er begleitete Artur Auernhammer zu zahlreichen Terminen. So konnte er sich mit den politischen Prozessen, Strukturen und Inhalten praxisnah auseinandersetzen.



Artur Auernhammer gewährt Einblick in seine Arbeit als MdB

Es ist Artur Auernhammer ein Anliegen, dass junge Erwachsene die praktischen Seiten von Studiengängen erfahren. Er dankte für die Unterstützung.



Besuch in Mönchsroth

Zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause nutzt Artur Auernhammer die Zeit, sich in den Gemeinden im Wahlkreis ein Bild vor Ort zu machen. So stand kürzlich unter anderem ein Besuch in der Gemeinde Mönchsroth an. Gemeinsam mit Erster Bürgermeisterin Edith Stumpf, Zweitem Bürgermeister Dr. Mario Zink, Dritten Bürgermeister Herbert Schäfer sowie Gemeinderat Friedrich Strauß informierte sich Artur Auernhammer unter anderem über die frisch sanierte Trinkwasserversorgung in der Gemeinde. Auch ein Besuch des Freibades in der 1 600 Einwohner - Gemeinde stand auf der Tagesordnung, ebenso wie ein Abstecher zur Klosterkirche St. Peter und Paul.

Schöne Ferien und einen erholsamen Urlaub!



EINEN FRÖHLICHEN SOMMER
WÜNSCHT EUER/IHR
ARTUR AUERNHAMMER

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter  

Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Landwirtschaft
und Ernährung

CDU/CSU Fraktion im deutschen
Bundestag

Bestellservice des Deutschen
Bundestag